

Es besteht kein Zweifel, daß uns manches in Westdeutschland nicht gefällt, wie z. B. die Herrschaft der großen Monopole, Banken und der Groß-Agrarier, und doch haben wir keinerlei Bedingungen gestellt, da die Erfahrung lehrt, daß man nur dann zu einer gesamtdeutschen Beratung kommen kann, wenn man den Willen hat, sich durch Gespräche am runden Tisch näherzukommen und eine Verständigung herbeizuführen. Die von der Bonner Regierung geforderten Voraussetzungen zeigten jedoch allzu deutlich, welche Furcht diese Herren vor gesamtdeutschen Wahlen zu einer Nationalversammlung haben.

In den sogenannten Grundsätzen für gesamtdeutsche Wahlen erklärt die Bonner Regierung, daß zunächst geprüft werden müsse, ob eine „gesamtdeutsche Nationalversammlung ihre Aufgaben erfüllen kann“, d. h., die Adenauer-Regierung möchte die Rolle der Vorsehung spielen. Die Adenauer-Regierung will nicht, daß die Abgeordneten einer gesamtdeutschen Nationalversammlung souverän bestimmen, sondern die Adenauer-Regierung möchte vorher die Garantie haben, daß diese deutsche Nationalversammlung das tut, was die amerikanischen Okkupanten und ihre treuen Diener in Bonn wünschen.

Es ist kein Zufall, daß in den Vorschlägen der Bonner Regierung von gesamtdeutschen Wahlen nicht die Rede ist, sondern von Zonen-Wahlen für die einzelnen Besatzungsgebiete. Die amerikanischen Imperialisten und die Adenauer-Regierung verstehen sehr gut, daß als Ergebnis gesamtdeutscher Wahlen zur Nationalversammlung die Adenauer-Regierung abtreten muß und eine freigewählte Nationalversammlung in jedem Fall den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages und die Herstellung der Souveränität eines einigen Deutschlands fordern wird. Das aber bedeutet, daß die amerikanischen Truppen nach Abschluß eines Friedensvertrages Deutschland verlassen müssen.

Der Berliner Korrespondent der „New York Herald Tribune“ erklärte:

*„Die Vereinigten Staaten wollen jetzt keine freien Wahlen in Deutschland, weil dadurch die ganze Äpfelfuhre umgeworfen würde. Die Äpfel sind der Schumanplan und die Europaarmee, einschließlich der zwölf deutschen Divisionen, und überhaupt all die sorgfältig ausgearbeiteten Pläne für eine westliche Gemeinschaft und die westliche Verteidigung.“ (Zitiert nach „Industriekurier“ vom 27. 3. 1952.)*

Die Westmächte wollen das Wahlalter für die Jugendlichen nicht gern herabsetzen. Das bedeutet, daß, nach ihrer Meinung, die jungen Männer zwar in einem Krieg für die amerikanischen Interessen sterben dürfen, jedoch zum Wählen noch nicht „reif“ genug sind. Der amerikanische Sender RIAS verlangt am 10. 3. 1952:

*„Jeder 18jährige soll von einem Gremium aus Geisteswissenschaftlern und Politikern aller Richtungen auf seine geistige Entwicklung und politische Blickreife geprüft werden.“*

Die Machthaber der USA sind gegen eine friedliche Lösung der deutschen Frage und gegen die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen zu einer Nationalversammlung, weil sie Westdeutschland auf unbeschränkte Zeit okkupieren wollen. Sie wollen Westdeutschland in die wichtigste militärische Basis des Atlantikkriegs-Paktes in Europa verwandeln. Mit Hilfe des Militarismus in Westdeutschland, der Erfahrung hat in der Knechtung des eigenen Volkes und in der Versklavung anderer Völker, wollen sie